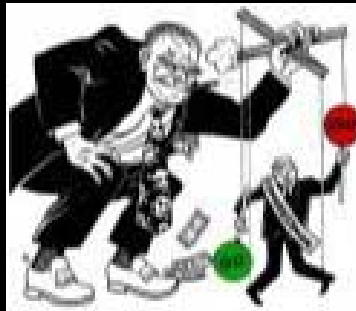


Manipulation



Manipulation

1. Beeinflussung, Lenkung, Lobbying, Überredung, Verführung, Verhetzung; (*bildungsspr.*): Suggestion; (*abwertend*): Agitation, Demagogie; (*bes. Politik abwertend*): Indoktrination.
 2. Kniff, Kunstgriff, List, Schachzug, Schliche, Trick, Winkelzug; (*schweiz.*): Rank; (*bildungsspr.*): Finesse, Finte, Strategem; (*ugs.*): Dreh, Masche;
- © Duden - Das Synonymwörterbuch, 3. Aufl. Mannheim 2004 [CD-ROM]

Das Ziel der Manipulation ist die **unmerkliche** Beeinflussung zu einem Verhalten, das objektiv gegen die eigenen Interessen gerichtet ist. Der Manipulierte soll subjektiv glauben, in seinem Interesse gehandelt zu haben. Neben Hitlers Propagandathesen, ist Sprache ein vorzügliches Instrument, den Leuten ein „x“ für ein „U“ vorzumachen. So wie man eine neue Wirklichkeit mittels der Sprache „schafft“, so kann man sie auch „verschwinden“ lassen. Die ständige Wiederholung ist unverzichtbar!

Jüngste Meisterstücke der Manipulation sind

der Ruf der Arbeiter nach „Arbeitsplätzen“ und nach „Senkung der Lohnnebenkosten“ (Sozialversicherungsbeiträge und Steuern). Bei dem Ruf nach Arbeitsplätzen wird der Unternehmer vom Ausbeuter, zum Schöpfer von Arbeitsplätzen, vom Bundespräsidenten und der Öffentlichkeit hoch geschätzt: „Sozial ist, was Arbeit schafft.“

Aus der Zwangsarbeit (Erwerbsarbeit) wurde eine soziale Wohltat und der Ausbeuter wurde zum Wohltäter. Und um vor zukünftigen Angriffen sicher zu sein schafft man nicht nur eine neue „Wirklichkeit“, sondern läßt die alte, unbequeme, durch Nichtgebrauch des entsprechenden Wortes „verschwinden“. Kaum jemand redet noch zutreffenderweise von Ausbeutung wenn es sich um Erwerbsarbeit handelt. Stattdessen „schafft“ der Unternehmer Arbeitsplätze, läßt „Geld arbeiten“ und „Vermögen wachsen“. Da fällt es schon gar nicht mehr groß auf, wenn der SPD-Flüchtling Müntefering eine Rentenkürzung hinter einem höheren Rentenalter auf 67 Jahre verbirgt. Oder doch?

Im zweiten Fall ist der Manipulationserfolg noch größer. Selbst die Gewerkschaften sind dem aufgesessen. Hätte man den Arbeitern gesagt, sie sollen auf verdienten Arbeitslohn freiwillig und freudig verzichten und ihre **sozialen Risiken seien Nebensache**, die sie selbst und nebenbei privat versichern können, dann hätten sie sogar mit ihren medienvernebelten Hirnen ein solches Ansinnen empört zurückgewiesen. So aber ist es den Manipulateuren gelungen, die Arbeiter auf einen kurzfristigen Blick in die Geldbörse zu orientieren und die längerfristigen Folgen zu übersehen. Mit dem demagogischen Argument, „der Arbeiter soll mehr netto in der Tasche haben,“ brachten sie normale Menschen dazu, sich selbst in den Hintern zu treten und auf verdienten Arbeitslohn zu verzichten. Um verdienten Arbeitslohn handelt es sich nämlich bei dem, worauf sie verzichten sollen. Sowohl die Steuern, als auch die Sozialbeiträge gehen in die Preise ein.

Der Arbeiter hat nämlich nicht nur kurzfristige und individuelle Bedürfnisse, sondern auch kollektive Bedürfnisse für die er Steuern zahlt. Im Gegensatz zu den Reichen, kann er sich keinen Swimming-Pool leisten, sondern ist auf das öffentliche Schwimmbad angewiesen. Noch verrückter wird es wenn man ihn veranlaßt eine Senkung der Sozialbeiträge zu fordern und sie als „**Lohnnebenkosten**“ zu bezeichnen. Da gibt es dann ganz schön lange Gesichter wenn bei Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Rente, auch nur **Nebenleistungen** gezahlt werden. Die Mehrheit der Bevölkerung hat einen individuellen und kollektiven und einen kurz- und langfristigen Bedarf. Für alle 4 Bedarfe arbeiten die Arbeiter, auf keinen können sie verzichten.

Den Unternehmern geht es allerdings um mehr, sie wollen nicht nur ihre Lohnkosten senken, sondern sich eine **neue Profitquelle eröffnen, die Privatversicherung!**

Schafft Arbeitsplätze



Kaum eine Schweinerei die nicht mit der Schaffung von Arbeitsplätzen, oder der Verhinderung des Abbaus, begründet wird. Die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, die Senkung der Renten, die Senkung der Unternehmersteuern, der Abbau des Umweltschutzes usw., alles wird mit den „Arbeitsplätzen“ begründet. Dabei sind es die Unternehmer die die Arbeitsplätze vernichten. Auf über 5 Millionen haben sie es gebracht, ihre wirtschaftliche Lage dagegen ist glänzend. Mit dem Arbeitsplatz-Argument erpressen sie eine ganze Gesellschaft. Dabei haben sie es geschafft einen erstrebenswerten Zustand, die Befreiung von der Lohnarbeit (Zwangsarbeit) , zu etwas schrecklichen zu machen und den Klau des Lebens durch Arbeit am Müllsortierband, zu einem Zustand höchsten Glücks zu machen. Es wird höchste Zeit die Existenzmittel für ein menschenwürdiges Leben von dem Arbeitsplatz zu entkoppeln, wenn keine menschenwürdige Arbeit angeboten wird.



Wolfgang Gerhard (FDP):

„Denn die größte soziale Sicherheit und das größte schöne Leben hat man doch nicht in der GKV (Gesetzliche Krankenversicherung) sondern an einem Arbeitsplatz...!“

Diesen Schmarotzer sollte man mal auf Arbeit schicken, damit er das „schöne Leben“ an einem Arbeitsplatz am eigenen Leibe mal verspüren könnte. Aber wahrscheinlich würde das nur die Krankenversicherung belasten!

Ingrid Schmidt

(Präsidentin des Bundesarbeitsgerichts)

Im Grundgesetz heißt es, dass die Bundesrepublik ein sozialer Bundesstaat sei. Halten Sie es für möglich, dass in den kommenden Jahren eine Umdeutung dessen stattfindet, was „sozial“ bedeutet? Viele Manager, Politiker und die Arbeitgeber-Vereinigung BDA sagen schon heute: Weg mit Arbeitnehmer-Schutzrechten – denn sozial ist, was Jobs schafft.

Solche Aussagen gibt es. Aber die Definitionshoheit der Frage, was den Sozialstaatsgedanken des Grundgesetzes ausmacht, liegt nicht bei der Wirtschaft und nicht bei der BDA, aber auch nicht bei den Gewerkschaften. Sondern allein beim Bundesverfassungsgericht.

Berliner Zeitung, 29.3.05



Lohn-neben-kosten

Eine Sprachschöpfung die in bezug auf die Interessen der Arbeitnehmer an Idiotie kaum zu überbieten ist. Selbst wenn sie von den Betroffenen und ihren Interessenvertretern nachgeplappert wird. Was hier als Lohn-Neben-Kosten bezeichnet wird, ist verdienter Arbeitslohn, der zur Abdeckung verschiedener Lebensrisiken (Krankheit, Alter, Erwerbslosigkeit, Pflege) nicht bar ausgezahlt wird, sondern an die Sozialversicherungskassen überwiesen wird. Die Besonderheit besteht darin, daß die Hälfte dieses Lohnes (Beiträge) als Arbeitgeberbeitrag deklariert wird.

Die Wirkung:

Lohn-**neben-kosten** suggeriert: **Kosten**, die den Lohn belasten (man bekommt weniger raus). „**neben**“, suggeriert Nebensache, also kann man darauf verzichten.

Diese „Lohnnebenkosten“ werden nun laufend gesenkt. Die Arbeitnehmer freut es. Es freut aber auch noch andere:

nämlich die **Unternehmer, deren Arbeitgeberbeitrag sinkt und die private Versicherungswirtschaft die neue Kunden bekommt!**

Spätestens an dieser Stelle müßte ein nicht ganz bekloppter Arbeitnehmer mißtrauisch werden:

Wieso soll ihn etwas freuen das auch die Unternehmer und die Privatversicherungen freut?

Die Senkung der Lohn-neben-kosten bedeutet **Lohnverzicht** (Arbeitgeberanteil), Belastung des ausgezahlten Lohnes mit Beiträgen zur Privat-Versicherung und Einschränkung der Leistungen der solidarischen Sozialversicherung.

Bei der sogenannten „**Riester-Rente**“ kommt noch hinzu, dass 20 Milliarden DM pro Jahr, bei Abschluß entsprechender Versicherungsverträge, aus dem Bundeshaushalt in die Taschen der Versicherungswirtschaft fließen. D.h., der Staat zieht den Arbeitnehmern Milliarden aus der Tasche, die für Kindergärten, Schwimmbäder, Schulen usw. gedacht waren und leitet sie an die private Versicherungswirtschaft!

Das ist Wahnsinn hoch drei! Wer sich so etwas gefallen läßt, muß mit dem Klammerbeutel gepudert sein!

Aber hier sollte man mit den Arbeitnehmern nicht zu hart ins Gericht gehen, denn selbst „Experten“ wie die Gewerkschaften, die Sozialpolitiker der SPD, und die Medien sowieso, fordern und begrüßen die Senkung der Lohn-neben-kosten.

Diese allgemeine Zustimmung hat natürlich auch Metaller zu eigenem Handeln angeregt: Zehntausende haben „Lohn-neben-kosten“ gesenkt, indem sie den **Gewerkschaftsbeitrag strichen** und aus der IG Metall ausgetreten sind! Sie haben jetzt netto mehr in der Tasche und können das Geld für einen „Erlebnis-Einkauf“ verwenden.

Bertolt Brecht hat für dieses Phänomen folgende Erklärung:

„Unsichtbar macht sich die Dummheit, indem sie massenhaft auftritt!“



Hoffentlich Allianz-versichert !



Wirtschaftswachstum

Bis zum Überdruß hören wir die Forderung nach der Steigerung des Wirtschaftswachstums. Alle glauben dies sei etwas Positives. In Wirklichkeit ist Wirtschaftswachstum der Verbrauch von Natur und menschlichem Leben.

Die Zeit in der ich das „Wirtschaftswachstum steigern“ (am Fließband, am Müllsortierband oder vor dem Computer), kann ich nicht leben (mit den Kindern spielen, ein Buch lesen).



Darüberhinaus gehen in das Wirtschaftswachstum Leistungen ein -steigern es - die für die Menschheit Verluste sind. Z.B., bei einem Verkehrsunfall sterben Menschen, geht das Auto kaputt usw. Das sind menschliche Verluste und Kosten, für die betroffenen Familien und die Gesellschaft.

Das alles zählt nicht und geht auch nicht in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ein.

Des einen Tod, des anderen Brot!

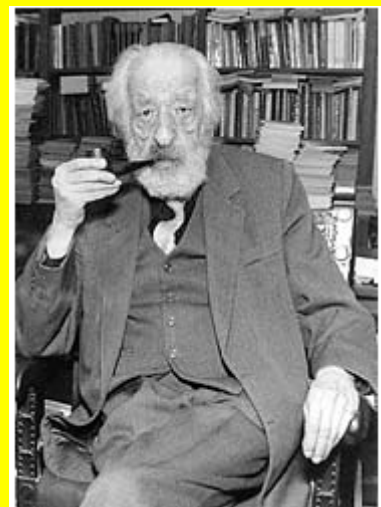
Durch diesen Unfall wird das Wirtschaftswachstum in einer Fülle von Gewerben angekurbelt. Wenn die Unfallopfer nur Arme und Beine verloren haben, dann gibt das der gesamten Gesundheitsindustrie einen enormen Auftrieb. Das Abschleppunternehmen freut sich, ein neuer Auftrag, neuer Profit.

Sollten die Unfallopfer auch ihren Kopf verloren haben (das kann ja bei einem solchen Ereignis leicht passieren), dann freuen sich andere Gewerbe. Z.B., die Sarg- und Beerdigungsindustrie. Egal wer sich nun freuen kann, so ein Verkehrsunfall steigert das Wirtschaftswachstum und kann neue Arbeitsplätze schaffen! So gesehen, ist ein Verkehrsunfall höchst wertvoll. So wie kapitalistische Kriege für die Konjunktur höchst belebend sind (für das Kapital, nicht für die Menschen). Das sogenannte „Wirtschaftswunder“ nach 1945 hätte es nicht gegeben ohne den 2. Weltkrieg. Deshalb sagt man ja auch, „der Krieg ist der Vater aller Dinge“ - mindestens im Kapitalismus.

Prof. Jürgen Kuczinsky:

Ihr habt sicher gelernt, was das Bruttosozialprodukt ist. Stimmt's ?
-Gelächter-

Die Konjunktur wird gemessen am Bruttosozialprodukt. Seit Jahren kämpfe ich gegen diese alberne Formulierung. Wenn es eine Grippeepidemie gibt „steigt das Bruttoinlandsprodukt“ weil die Kosten der Krankenkassen in die Höhe gehen. Das ist einer der Maßstäbe für die Konjunktur bei uns. Wenn in Jugoslawien Truppen eingesetzt werden; steigt das Bruttosozialprodukt weil selbstverständlich die Ausgaben für das Militär in die Höhe gehen. Es gibt zwei, drei amerikanische und vielleicht ein oder zwei deutsche Wissenschaftler die das begriffen haben. Das ist aber völlig bedeutungslos. Die Konjunkturinstitute veröffentlichen alle Vierteljahre ihre völlig falschen Einschätzungen wie das Bruttosozialprodukt sich entwickeln wird. Es ist eine schlimme, harte Situation für Kritiker. Aber eine solche schlimme, harte Situation



hat es in der Geschichte der Menschheit oft gegeben und dann kam die Wandlung. Denkt an die Aufklärung, denkt an die Sozialdemokratie zwischen 1870 und 1910. Es kommen immer wieder Perioden in denen die Menschheit klarer sieht, und einmal muß auch die Handlung entsprechend sein.

Jürgen Kuczinsky, Vortrag in Hamburg, HWP

Sprache: Reformen



Friedrich Schorlemer:

„Also zunächst mal finde ich es schon sprachlich schwierig, schon seit vielen Jahren, das man Reform nennt was Abbau ist!“

Otto Graf Lambsdorff gibt mit seinem berühmt-berüchtigten »Memorandum« vom 9. September 1982, in dem er die Eckpunkte eines künftigen politischen Koordinatensystems definiert, das Startsignal für die Kohl-Ära. Hier wird »Reform« erstmals zu einem Abbaubegriff umdefiniert, der Sozialstaat zur Disposition gestellt. Alle Politikbereiche, einschließlich der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, werden an die Regeln und Gesetze marktwirtschaftlichen Handelns gebunden. »Inhaltlich muß die Politik vor allem darauf ausge-

Oskar Negt „Warum SPD ?

7 Argumente für einen nachhaltigen Macht und Politikwechsel
Steidl taschenbuch 127, 1998

Heribert Prantl

(Süddeutsche Zeitung)

„Die Reformen, ein verkommenes Wort muß man sagen, das Wort „Reform“ ist wirklich verkommen, durch Vielgebrauch, durch Mißbrauch!“



Mit Hilfe der Sprache kann sich der Mensch die Welt in den Kopf holen und anderen Menschen mitteilen. Das setzt eine gesellschaftliche Vereinbarung voraus, nach der die Dinge und Handlungen für alle Menschen die gleiche Bedeutung haben. Nur dann können sie den anderen verstehen und in ihrem Interesse gemeinsam handeln. Die Kunst der Herrschenden und ihrer Manipulateure besteht nun gerade darin, das Vereinbarte zu sagen, was anderes aber zu meinen und zu tun.

Das klassische Beispiel hierfür ist der Begriff „Reform“. Die Mehrzahl der Menschen hat sich darauf verständigt darunter eine **positive Veränderung** zu verstehen.

Unternehmer und ihre SPD-Regierung benutzen das Wort aber für die Bezeichnung ihrer sozialpolitischen Schweinereien, gegen die Mehrheit des Volkes und verhindern so den Widerstand dagegen.

Reform (lat. für *re* zurück; *formatio* Gestaltung; Wiederherstellung) bezeichnet in der Politik eine größere, planvolle und (im Gegensatz zur Revolution) gewaltlose Veränderung oder Umgestaltung bestehender Verhältnisse.

Beispiele sind die Sozialreformen Bismarcks, eine Währungsreform wie die Einführung des Euro, die deutsche Rechtschreibreform, die Große Strafrechtsreform oder die *Lebensreform*-Bewegung.

Reformen werden oft mit dem Ziel der Linderung oder Beseitigung bestehender (sozialer, kultureller oder wirtschaftlicher) Missstände begründet, wobei die Bewertung ihrer Auswirkungen abhängig von der Perspektive ist.

Der Gebrauch des Wortes Reform in der aktuellen deutschen Politik In Zeiten des institutionalisierten sozialen Friedens mit zahlreichen, allgemein akzeptierten Kooperationen quer über Interessensgegensätzen hinweg (Sozialpartnerschaft) war **Reform einmal das Schlüsselwort, eine Hoffnung auf Demokratisierung wie unter Willy Brandt, oder für sozial schwache Gruppen auf Beteiligung an gesellschaftlichen Reichtum (Umverteilung).**

Am Beginn des 21. Jahrhunderts wird das Wort Reform vor allem in der neoliberalen Politik verwendet im Sinne einer Umgestaltung des Gemeinwesens, die den Kräften des Marktes Aufgaben überlässt, die vorher der Staat inne hatte (Privatisierung).

Grund ist ein weltweiter Konkurrenzkampf der Nationalstaaten.

Kirchen, Gewerkschaften und Arbeitslose kritisieren die Reformen als Sozialabbau. Wirtschaftswissenschaftler und Unternehmen beklagen einen Reformstau und fordern mehr Eigenverantwortung.

In der deutschen Politik sind derzeit Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt (Hartz-Konzept) und in der Sozialversicherung (Rürup-Kommission), eine Föderalismus- und eine Steuerreform sowie Veränderungen am Arbeitsmarkt, im Bildungswesen (Studiengebühren) aktuell und Gegenstand heftiger Kontroversen. Aber auch zu kürzende Subventionen verursachen Streit. Die entsprechenden Änderungen bzw. Vorschläge stoßen auf massiven Widerstand von Lobbyisten aller Seiten und betroffenen Teilen der Bevölkerung. **Für alle diese Änderungsvorschläge wird das Wort Reform benutzt**

Internet: Wikipädia

Demokratie

Mit der Behauptung dem Irak die Demokratie zu bringen, rechtfertigt der amerikanische Präsident den Massenmord an dem irakischen Volke. Demokratie wird immer dann ins Spiel gebracht, wenn die Herrschenden glauben, sich der Mehrheit sicher sein zu können.

Dabei reduzieren sie das demokratische Prinzip auf eine reine Zahlensache („Freßt Scheiße, Millionen Fliegen können nicht irren.“). Zur Demokratie gehört aber mehr als nur die zahlenmäßige Mehrheit. Hitler bekam am 5. März 33 die Mehrheit der Stimmen, dennoch war es falsch. Demokratie braucht Information, aufgeklärte Bürger die sich ihrer Interessenlage bewusst sind, danach handeln und die Wahrung der Menschenrechte. Wenn sich eine Mehrheit für das Rauchen entscheidet, dann ist das nicht demokratisch sondern eine manipulierte Suchtentscheidung zum Schaden des einzelnen Rauchers und der Gesellschaft.

Die Manipulateure haben erreicht, daß mit der Nennung des Begriffs „Demokratie“ bedenkenlos jede Schweinerei begründet werden kann. Die Herrschenden entblöden sich nicht, den Öl-Raubzug, mit dem Massenmord an Hunderttausenden Irakern, als Befreiungsaktion des Irak, mit dem Ziel der Einführung der Demokratie zu bezeichnen.



„Bush will fügsame Regierungen installieren“

Der amerikanische Friedensaktivist Noam Chomsky über die Ziele der Vereinigten Staaten im Nahen Osten

Herr Professor Chomsky, nach den Wahlen in Afghanistan und Irak ist die Region in Bewegung geraten. In vielen Ländern regen sich Oppositionskräfte. Die US-Regierung sieht das als ihr Verdienst – ohne Irak-Invasion hätte es diese Demokratiebewegungen nicht gegeben, der Krieg sei somit gerechtfertigt. Richtig?

Die US-Regierung verfolgt ihre eigenen Ziele bei ihrem Demokratieexport: Ihr passen die von der Opposition bedrohten Regierungen nicht. Sie stören die Interessen der US-Politik – nicht, weil sie keine Wahlen zulassen, sondern wegen ihrer außenpolitischen Ambitionen. Den Sturz von Regierungen, den die CIA früher in Südamerika im Geheimen betrieb, betreiben die USA und andere Weltmächte heute offen.

In den USA - dem Mutterland der Demokratie, wie man sagt - beteiligen sich weniger als 50% der Wahlberechtigten an den Wahlen. Der Präsident ist gewählt, wenn er davon 51% bekommt.

D.h., der mächtigste Mann der Welt regiert mit 25 % !!!!



**Nicht,
wenn man oft genug das Gegenteil behauptet!**